

Erscheint täglich
früh 6 $\frac{1}{2}$ Uhr.

Redaktion und Expedition
Johanniskirche 33.
Sprechstunden der Redaktion
Vormittag 10—12 Uhr.
Nachmittags 4—5 Uhr.
Die Abgabe eingehender Manu-
skripte macht sich die Redaktion nicht
verantwortlich.

Abnahme der für die nächs-
tende Nummer bestimmten
Werke an Wochentagen bis
zum Nachmittag, an Sonn-
tag und Feiertagen früh bis 10 Uhr.
Um den Akten für das Ausgabe:
Otto Klemm, Universitätsstr. 22,
Louis Wöhrle, Kärtnerstr. 16, v.
mehr bis 10 Uhr.

Nr. 313.

Leipziger Tageblatt

und Anzeiger.

Organ für Politik, Localgeschichte, Handels- und Geschäftsvorkehr.

Donnerstag den 14. October 1880.

Bekanntmachung.

Wegen vorzunehmender Macadamisierungsarbeiten wird der Läufchenweg auf der Strecke zwischen dem Rabetsteinplatz und der Antonstraße von
Donnerstag den 14. October d. J.
bis zur Fertigstellung der Arbeiten für den durchgehenden Fahrverkehr gesperrt.
Leipzig, am 11. October 1880.
Der Rath der Stadt Leipzig.
Hekler. Harrwitz.

Bermietung in der Fleischhalle am Hospitalplatz.

In obiger Fleischhalle sollen die Abteilungen Nr. 3, 8, 11 und 21 sofort gegen einmonatliche Miete anderweit an den Meistbietenden vermietet werden und haben wir hierzu Versteigerungs-

Tonnabend, den 23. d. M. Vormittags 11 Uhr

Die Versteigerungs- und Bermietungsbedingungen können schon vor dem Termine auf dem Rathaus-
halle, 1. Etage, eingesehen werden.
Leipzig, den 14. October 1880.

Der Rath der Stadt Leipzig.
Dr. Georgi. Stöß.

Logisvermietung.

In dem Universitätsgrundstücke an der Großen Fleischergasse Nr. 3, der „goldene Adler“ genannt,
gehört vom 1. Januar 1881 ab 3 Jahre meistbietend, jedoch unter Vorbehalt der Auswahl unter
den Beilantanten, vermietet werden.
Hierzu ist Visitationstermin auf

Donnerstag, den 21. October d. J. Vormittags 11 Uhr
anberaumt und werden Mietliebhaber hiermit ersucht, sich zu dieser Zeit im Universitäts-Rentamt (Border-
Bauinum, Nordst. 1. Etage) einzufinden und ihre Gebote abzugeben.
Die Visitationbedingungen liegen dafelbst zur Einsicht aus.

Leipzig, am 13. October 1880.
Universitäts-Rentamt.
Graf.

Das Deutschthum in Österreich.

Wer den Verhältnissen in Österreich außerordentlich folgt, wird weiß, wie in der letzten Zeit das Deutschthum immer tiefer niedergehalten worden ist, um die slavischen und ungarischen Elemente der Habsburgermonarchie zu stärken, der wird sich verwundert fragen: wie ist diese Erscheinung in einem Lande möglich, dessen Flur ein Deutscher ist? Nun, Österreich ist in der That das Land der Unwahrscheinlichkeiten, denn ein Mann wie Graf Taaffe, der jetzige Ministerpräsident in Wien, erscheint uns, nach deutschem Gesetze gesehen, als ein leidenschaftlicher und unflügler Partei-Politiker, nicht als ein weiser, den inneren Frieden des Staates sicherstellender Staatsmann.

Es ist hinsichtlich bekannt, wie Graf Taaffe seit seiner Übernahme der inneren Reichsleitung mit einer wahrhaft unheimlichen Geschäftigkeit daran gearbeitet hat, die Grundzüge der Verfassung dadurch zu erschüttern, daß er die empfindlichsten nationalen Leidenschaften der verschiedenen Völkerstaaten des Kaiserstaates reizte und die Bevölkerungsgruppen gegen einander in Kampf brachte. Es ist ferner bekannt, wie er insbesondere das Deutschthum, welches da es als das festigste und zusammenhaltendste Element in dem viersprachigen Staatsgefüge erscheint, verfassungsmäßige Vorrang gewis, in mittler der gegen dasselbe anklängenden Tschechen, Polen, Slovenen und Ungarn ins Ge- dränge brachte.

Wir wollen die Möglichkeit nicht bestreiten, daß die Sicht des tiefen Grafen nur die sein mag, die politischen Parteien der Monarchie zu zerstören und sich für alle Fälle Majoritäten zu sichern, die nach der Tendenz der Regierung verschiedenartig zusammengesetzt sind, und daß er dazu die „nationalen“ Konfliktelemente Österreichs verarbeitet. Sittlich kann eine solche Politik natürlich nicht genannt werden. Aber sicher ist auch, daß er, wenn seine Pläne wirklich nicht weiter gehen sollten, nicht mehr der Meister sein wird, die Geister, die er rief, rechtzeitig wieder zu bannen, ehe das zentrale Geißel Österreichs zu Bruch gegangen und das Deutschthum unter der Füll des anführenden Slaven- und Magnaten- thums erstickt ist. Die partiziparistische Begehrlichkeit des einmal errungenen Nationalgefühls muß in Österreich riesengroß wachsen, wenn erst die zusammenhaltende deutsche Einheit und Bildung unter den jetzt befindlichen Einflüssen slavischen und ungarischen Sondergefühls geschwächt oder gar zerstört ist.

Das eben ist es, was die Deutschen in Österreich für erkannt haben, was sie fürchten und was sie zu dem schneidigen Proteste veranlaßte, den sie aus Karlsbad gegen die Taaffesche Regierung schickten und der wohl einen lebhaften Widerhall in allen deutschen Herzen auch außerhalb Österreichs gefunden hat! Es ist nur die Frage, ob dieser Staatmann heute noch einen Erfolg haben kann, und ob die Wege, welche einmal die zukünftige Politik des Kaiserstaates insbesondere gegen Osten und Süden eingeschlagen hat, nicht notwendig zu jener Begünstigung des Slaventhums führen.

Den Schwerpunkt Österreich nach Osten verlegen führt logisch, wie es scheint, auch dazu: den Kräften des Ostens ein Übergewicht über die der Mitte und des Westens zu geben — eine innere Notwendigkeit, der Taaffe vielleicht un-

meinen Revision des Strafgesetzbuchs stattfinden könne. Die Regierungen von Württemberg, Braunschweig und Schwarzburg-Rudolstadt halten insbesondere eine Änderung des Strafsystems deshalb für dringend notwendig, indem sie der Ausschaffung huldigen, daß nachdem das Militärstrafgesetzbuch bei den meisten Vergehen dem Richter die Wahl zwischen Gefängnis und Festungshaft gelassen und dadurch die Möglichkeit geschaffen hat, die Straföbel der Individualität anzupassen, der von dem bürgerschen Strafgesetzbuch in dieser Beziehung eingenommene Standpunkt nicht mehr festgehalten werden könnte.

Excellenz Windthorst wird auf der geplanten „Generalversammlung“ schlesischer Radikale erscheinen. Die bevorstehende Ankunft des leidenschaftlichen Gottesstreiters hat die ultramontane „Schles. Volkszeitg.“ um den letzten Rest von Befinnung gebracht. So leistet sie das Unglaubliche an unfreimüller Komik, indem sie in ihrer Wochenrundschau schreibt:

„Er (Windthorst) ist und die höchste Autorität auf politischem Gebiete. Wir leben in ihm den größten Staatsmann des Jahrhunderts. Wir ehren ihn in den schweren Kämpfen dieser Tage als unsern obersten General und Feldmarschall, und wir bewundern seine Klugheit, seine Taktik und seine Diplomatie. Er ist unser Ciceron und unser Demosthenes.... Und gefällt nicht nur das, was er redet, sondern auch, wie er es redet. Aus unserer Provinz hat sich noch niemals einer veranlaßt gesessen, Sr. Excellenz einen „verdrossenen“ Brief zu schreiben. Wie wußten sie, was der Abgeordnete Windthorst meinte. Von Angesicht zu Angesicht haben ihn aber bisher nur Wenige gesehen, seine Stimme nur Wenige gehört und sein Wienerpiel zu beobachten Gelegenheit gehabt. Und doch verstanden wir ihn schon bisher immer. Nun kommt er! Welche Freude! Wir werden ihn sehen, wir werden ihn hören; er wird hier in Breslau, so Gott will, zu und reden.“

Die „Breslauer Zeitung“ macht dann die folgende überaus beigelegte Bemerkung: „Die Regierung der Redaktion scheint übrigens auch die Scher der „Schles. Volkszeitg.“ angestellt zu haben, welche statt Wienerpiel „Wiemenspiel“ sagten. Dies sollte der Schreiber des angeführten Artikels in der That „Wiemenspiel“ geschrieben haben, um damit anzudeuten, daß Windthorst nicht bloß der größte Staatsmann des Jahrhunderts, der Feldmarschall seiner Partei, ein zweiter Ciceron und Demosthenes ist — sondern auch großes mimisches Talent besitzt.“

Die liberale Secession wird von allen Seiten als ein großer politischer Fehler anerkannt. Vor wenigen Tagen wurde zu höchst einer Versammlung nationalliberaler Wähler abgehalten, welche von etwa 150 Personen besucht war. Zum Vorsitzenden ward Herr Mohr von Hoffheim gewählt. Herr Dr. Brünning erstattete — so meldet die „B. Z.“ — Bericht über seine Tätigkeit in den abgelaufenen zwei Sessions des Reichstags. Zu der Seession des linken Flügels der nationalliberalen Partei übergetreten, bemerkte Redner, daß er auf dem Standpunkt der ausgetretenen Mitglieder steht, daß er jedoch augenscheinlich keine zwingende Veranlassung zu einem Austritt erkennen könne, nachdem ein solcher vor 1½ Jahren nicht erfolgt sei. Die Spaltungen in der liberalen Partei halten er für einen Fehler; sie führen zur Machtklopfen. Er werde deshalb nicht austreten. Der Verlauf der nächsten Session werde für die Existenz der Partei entscheidend sein. Werde sie aus volkswirtschaftlichem Gebiet wirtschaftlich reactionären Maßregeln zusammensetzen, dann werde sie zerfallen. Im Ganzen sei indes die Vollstimmung den links stehenden Ansichten auf diesem Gebiet nicht günstig.

Auch die Nationalliberalen eines Theiles der Pfalz, nämlich des Wahlkreises Homburg-Vandstuhl, haben Stellung zu der Secession genommen. Es ist dies dem Reichstagsabgeordneten Dr. Armand Bahl, dem Vertreter dieses Wahlkreises, zu verdanken, der in einer zu Vandstuhl abgeholzten Versammlung seinen Wähler Redenstaat über seine Ablösungen ablegte und gleichzeitig seine Ansichten über die Secession kündigte. Die Secession hält er für schädlich und kostspiel, doch sich die Nationalliberalen in der nächsten Reichstagsession wieder vereinigen. Die Versammlung, zu der nur Wähler der nationalliberalen Partei eingeladen waren, sah — wie die „B. Z.“ meldet — nach Erstattung des Reichsberichtes nach kurzer Debatte folgende Resolutionen:

1) Die in Vandstuhl versammelten Wähler aus dem Wahlkreise Homburg-Vandstuhl sprechen ihr Bedauern über die Spaltung in der nationalliberalen Partei aus und halten es im praktischen Interesse des Liberalismus für dringend geboten, daß Zusammenwirken aller liberalen Elemente anstrebt, zumal die nationalliberalen Partei als solche keines der Grundprinzipien ihres Programms preisgegeben hat. 2) Die Vandstuhler Versammlung spricht nach den Erklärungen, die Herr Dr. Bahl bezüglich seines bisherigen

Mehr-Ausgabe 16,400.

Abonnementpreis vierfach 4 $\frac{1}{2}$ M.,
incl. Bringgebühr 5 M.,
durch die Post bezogen 6 M.,
jede einzelne Nummer 25 Pf.
Belegexemplar 10 Pf.
Gebühren für Extrabelagen
ohne Postbelehrung 30 Pf.
mit Postbelehrung 48 Pf.

Postkarte 5 Pf. Postzettel 20 Pf.
Großere Schriften laut unserem
Preisverzeichniß. — Tabellarischer
Gesamtzettel nach höherem Tarif.
Reklamen unter dem Rechtkontrolle
die Spalte 40 Pf.
Inserate sind freies an d. Gedruckten
zu senden. — Rabatt wird nicht
gegeben. Abdruck pränumerando
oder durch Postvertrag.

74. Jahrgang.

7. Jahr.

und zukünftigen Verhalten im Reichstage gegeben hat, demselben ihr volles Vertrauen sowie ihren Dank für seinen lichtvollen Vortrag aus.

Die aus der nationalliberalen Partei ausgeschiedenen Mitglieder werden, wie die „B. Z.“ erläutert, im preußischen Abgeordnetenhaus nicht gesonderte Plätze einnehmen, sondern die alten zwischen den alten Genossen beibehalten. Hoffen wir, daß dieser Neuerlichkeit die sachliche Analogie nicht ganz fehlen wird, bemerkt das Magdeburger Blatt zu dieser Mitteilung.

Die freikonservative „Post“ beschäftigt sich heute mit Herrn Eugen Richter und dem „Hamburger Nordwestdeutschen Partei-Lage der Fortschrittspartei“. Über diese Landgebung des Radikalismus ist von uns bereits berichtet worden. Wir wollen aber dem Leser einige Stellen aus dem Artikel der „Post“ zum Besten geben. Das Berliner Blatt schreibt:

Um 9 Uhr Abends erschien Herr Eugen Richter, mit grossem Jubel empfangen. Daß er, wie der vor ihm erschienene Dr. Rée auch mit einem „Tusch des Ortes“ empfangen worden ist, geht leider aus dem Bericht der „Volks-Zeitung“, welchem wir folgen, nicht hervor, doch können wir uns eine solche Hinterziehung kaum denken; es könnte aber auch sein, daß Herr Richter's Bescheidenheit eine solche Ovation abgelehnt hätte. Sogleich taucht Herr Dr. Rée auf und beginnt den großen Satz mit „humorvollen Kindern“ Worten, um dann in „salvatorischer Weise“ sich an dem neuen Handelsminister zu reiben, der eine Masse Ueberredungen habe, „bei welchen Hand und Wandel nicht zur Ruhe kommen würden“. Natürlich dankt Richter, der Weg nichts schuldig bleiben darf, auch in „humorvoller Weise“ und versichert, daß „die Rechte kaum mehr in Betracht komme“, weshalb man nach links wirken müsse — allerdin. & ein tief politischer Gedanke. ... Das ist die deutsche Fortschrittsparis. In ihren Resolutionen hat sie kein Wort für Deutschland, sondern wird die verfassungsmäßigen Rechte der Einzelstaaten schwärzen, welche kein Mensch angreift! Kein Wort hat sie für die nationalen Aufgaben Deutschlands, welche eine starke Armee und damit hohe Steuern notwendig machen! An jedes materielle und quietistische Interesse wendet sie sich, gegen Alles, was einen idealen Inhalt hat, was ihre Circle stört, gegen Alles, was außerhalb des Kreises der abgetrennten Provinzen liegt, in welcher der „Humor“ des Herrn Richter gelebt. . . .

Über die Eindrücke, welche die fortschrittliche Agitationsmethode im Rheinlande hervorruft, äußert sich ein dortiges Blatt wie folgt: „Aus der zahlreichen Theilnahme an den Versammlungen der Fortschrittspartei auf eine Zusammenkunft der Abhänger verschieden schließen zu wollen, dürfte verstellt sein. Im Jahre 1878 fand in Elberfeld ein ebenso besuchter und durch die Anwesenheit von Eugen Richter ebenso ausgezeichnete Parteitag statt, der das Selbstbewußtsein der Fortschrittspartei nach den damaligen Berichten ihrer Organe ebenso mächtig hob wie der jetzige. Das Ergebnis der daraus folgenden Reichstagswahlen war für die Partei trotzdem ein sehr ungünstiges. In der Rheinprovinz erhielten nach dem offiziellen Ausweis ihre Kandidaten nur 926 Stimmen, wogegen 75,879 auf die freikonservativen, 132,251 Stimmen auf die nationalliberalen Kandidaten fielen. Man gefiel sich in Richter's Reden, aber man verwarf seine Ratschläge. Im darauffolgenden Jahre verlor Herr Richter in Hagen sein Landtagsmandat. Schwerlich wird die Rede, welche Herr Richter in Elberfeld gehalten hat, der Fortschrittspartei neue Freunde zuschaffen. Sie war nach den uns vorliegenden Berichten wiederum angefüllt mit Piquanterien, die, vielleicht im Moment witzig und erheiternd, bei ruhiger Ueberlegung jeden sachlich urteilenden Mann verstimmen müssen. Wohin soll unser öffentliches und politisches Leben kommen, wenn die Gewohnheit sich weiter verbreiten sollte, in Richter's Art die politischen Gegner ohne die geringste Anerkennung ihrer sozialen Gründe beleidigend abzuwiegeln? Eine solche Art der Führung einer gebildeten Nation deren Abhänger schwerlich vermehren.“

Beim Heraufstellen einer auf einheitlichen Grundlagen beruhenden deutschen Provinzialstatistik finden, wie der „Reichs-Anzeiger“ schreibt, seit dem 12. d. M. im Reichsjustizamt unter dem Vorsitz des Staatssekretärs Wirklichen Geheimen Rates Dr. von Schelling Berathungen statt, zu welchen die grössten Bundesstaaten Delegierte entsendet haben. Es nebbt an denselben Theil: für Preußen der Geheime Oberjustizrat Starke und der Geheime Justizrat Hoffmann; für Baden der Landgerichts- director Müller; für Hessen der Geheime Staatsrat Hinger; für Württemberg-Schwarzwald der Ministerialrat Barthold; für Sachsen-Weimar der Staatsrat Dr. Bülger; für Thüringen der Ministerialrat Raffaga.

SLUB
Wir führen Wissen.